Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Konferenz der Kantonalen
Justiz- und Polizeidirektorinnen
und -direktoren
Generalsekretariat
Speichergasse 6
Postfach
3000 Bern 7

8. März 2010

Vernehmlassung zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Dezember 2009 haben Sie uns eingeladen, zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Meinungs-
äusserung und lassen uns wie folgt vernehmen:

I. Allgemeines

Unseres Erachtens steht die Notwendigkeit, die Ausübung von Tätigkeiten in diesem sensiblen und grundrechtsrelevanten Bereich vom Vorliegen bestimmter Voraussetzungen abhängig zu machen, ausser Frage.

Aufgrund des Abkommens über die Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz sowie aufgrund des Binnenmarktgesetzes erachten wir es als vordringlich, in der ganzen Schweiz einheitliche Vorschriften für die Zulassung privater Sicherheitsunternehmen zu erlassen. Aus diesem Grund erscheint uns die Ausarbeitung eines (zweiten) Konkordats, zu dessen Beitritt sich alle Kantone bereit erklären können, unerlässlich.

Beim vorliegenden Entwurf vom 29. September 2009 dürfte es sich um diesen „Kleinsten gemeinsamen Nenner“ handeln. Da sich der Entwurf ausserdem an die Mehrheitsmeinung hält, welche sich im Rahmen der Vernehmlassung zum ersten Entwurf herauskristallisiert hat, und er sich überdies weitgehend mit der von uns stets vertretenen Auffassung deckt, stimmen wir ihm zu. Unter Ziffer III haben wir Probleme formuliert, die der Überprüfung bedürfen.

II. Zustimmung

Ausdrücklich begrüssen wir die folgenden Bestimmungen:

- Geltungsbereich des Konkordats erstreckt sich auch auf sogenannte Ermittlungsdienste (Art. 3)
- Erfordernis der persönlichen Berufsausübungsbewilligung für jeden einzelnen Sicherheitsangestellten gemäss Artikel 4
- Rechtsgrundlage für die Weitergabe relevanter Informationen durch Polizeistellen

- Pflicht zur Aus- und Weiterbildung
- Rechtsgrundlage für die Entrichtung kostendeckender Gebühren

Diese Bestimmungen erachten wir als den eigentlichen Mehrwert des Konkordats. Einzig deren Erlass rechtfertigt unseres Erachtens den Mehraufwand, welcher für die kantonalen Vollzugsbehörden entstehen wird.

III. Offene Fragen

Im folgenden legen wir Ihnen drei Punkte dar, die sich in der Praxis stellen werden, und die der näheren Klärung bedürfen.

Ist die Polizei berechtigt, ihr relevant erscheinende Informationen über einzelne Bewilligungsinhaber, welche im Rahmen der polizeilichen Aufgabenerfüllung erst **nach** Erteilung einer Bewilligung zukommen, an die Bewilligungsbehörde weiterzuleiten? Wir gehen davon aus, dass dies zulässig sein muss, damit die zuständige Behörde überhaupt in der Lage ist, einen allfälligen Entzug gemäss Artikel 20 zu prüfen.

Die Erläuterungen umschreiben die Begriffe „Ordnungsdienste und Interventionsdienste“ (Artikel 3 Absatz 1 Ziffer 4 des Konkordats) nicht näher. Es erscheint uns wichtig, dass die Ausführungsbestimmungen insbesondere den zweiten Begriff definieren. Private sind im Rahmen der geltenden Gesetze zur Durchsetzung des Hausrechts befugt. Da beispielsweise Stadionbetreiber regelmässig auf Dienste von Sicherheitsunternehmen angewiesen sind, um die Ordnung innerhalb von Sportstadien zu gewährleisten, ist es sinnvoll, zur Ausübung derartiger Tätigkeiten eine staatliche Bewilligung vorauszusetzen. Allerdings gilt es zu bedenken, dass gerade im Rahmen von Sportveranstaltungen der Übergang zu unfriedlichen Einsätzen fliegend ist. Von vornherein kann kaum verlässlich prognostiziert werden, wie sich ein Einsatz entwickeln wird. Die Befugnisse, welche den Bewilligungsinhabern gewährt werden (Artikel 10 Abs. 2), dürften insbesondere im Rahmen eines unfriedlichen Ordnungsdienstes oder einer Intervention nicht ausreichen, um die Sicherheit sowie den Eigenschutz tatsächlich zu gewährleisten. Insbesondere kann nicht grundsätzlich jeder Eingriff in die Grundrechte Dritter mit Verweis auf die Notrechte der Sicherheitsangestellten gerechtfertigt werden, denn deren Zweck liegt darin, in unvorhersehbaren Ausnahmesituationen eigene Rechtspositionen nicht preisgeben zu müssen. Im Zusammenhang mit der Ausübung gewisser Ordnungsdienste ist es jedoch absehbar, dass es zu solchen Situationen kommen kann; es handelt sich demnach nicht um unvorhersehbare Ausnahmesituationen. Aus diesem Grund regen wir an, im Konkordatstext klarer zum Ausdruck zu bringen, dass zur Beilegung unfriedlicher Situationen grundsätzlich die zuständige Polizei befugt und verpflichtet ist.

Grundsätzlich fehlt uns im Konkordatsentwurf die Klarstellung, dass die Bewilligung den Inhaber nicht zur Vornahme hoheitlicher Befugnisse ermächtigt. Das Verb „beachten“ (Artikel 10 Absatz 1) erscheint uns nicht geeignet, die Bedeutung und das Primat des staatlichen Gewaltmonopols genügend zum Ausdruck zu bringen. Diesbezüglich regen wir eine entsprechende Präzisierung an.

Wir laden Sie ein, unsere Überlegungen bei der weiteren Behandlung des Geschäftes angemessen zu berücksichtigen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Walter Straumann
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber